

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/2022

Juli/August 2022

Wichtige Erfahrungen für weitere gewerkschaftliche Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und Verelendung:

Der Streik der Krankenhausbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen vom 4. Mai bis 20. Juli 2022 und der Streik der Hafendarbeiter:innen im Juli 2022

Kein Zweifel, unter dem Vorwand von Corona und dem Krieg in der Ukraine verschärfen die in Deutschland herrschende kapitalistische Klasse und ihr Staat gegenwärtig – in Verbindung mit immenser Militarisierung – die wirtschaftliche Ausbeutung und die soziale Verelendung. Auf der einen Seite erhöhen sich die Profite vor allem der größten Konzerne, die teilweise geradezu explodieren, zusätzlich befeuert durch die „Krisen-Subventionen“, die sie einsacken. Dem stehen auf der anderen Seite reale Lohnverluste gegenüber, da die minimalen nominalen „Lohnerhöhungen“ weit unter der Inflationsrate liegen. Und dies bei der für viele kaum mehr aushaltbaren Arbeitshetze und der immer weiter ausgedehnten Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse.

Dagegen gibt es durchaus Widerstand von Arbeiter:innen und anderen Werktätigen, seien es die Streiks der Gorilla-Rider, der Streik beim Logistikunternehmen Fedex in Hessen oder der Streik des Lufthansa-Bodenpersonals. Bisher ist es den Herrschenden allerdings gelungen, Widerstand gegen die kapitalistischen Verschärfungen weitgehend zu verhindern. Umso wichtiger ist, dass es in den letzten Monaten innerhalb Deutschlands insbesondere zwei bedeutsame Streikbewegungen gab: den 77 Tage dauernden Streik der Krankenhaus-Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen und den 48-stündigen Streik der Hafendarbeiter:innen. Diese zeigen die vorhandene Kampfbereitschaft von Teilen der proletarischen Klasse und anderer lohnabhängig Beschäftigten.

Ein genauerer Blick auf diese beiden Streiks zeigt aber auch Schwächen und Hindernisse, die der Ausdehnung und konsequenten Entwicklung der Streiks heute überhaupt im Wege stehen. Gerade auch daraus gilt es zu lernen. Es kommt darauf an, durch alle Kämpfe, Niederlagen und Siege in den täglichen Kämpfen hindurch auf den Weg des proletarischen Klassenkampfes zu kommen, sich darüber klar zu werden und dafür zu organisieren, vor allem den Sturz des Kapitalismus in der proletarischen Revolution zu erkämpfen.

Der 77 Tage dauernde Streik der Krankenhausbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen

Viel zu wenig Personal, Arbeitsverdichtung und Zeitnot gehören nicht nur in den nordrhein-westfälischen Unikliniken zum Arbeitsalltag. An vielen Or-

ten der Welt z.B. in der Türkei, Haiti und vielen US-amerikanischen Bundesstaaten streikt das Pflegepersonal. Unter dem Vorwand der Corona-Pandemie wurde die Überlastung der Beschäftigten nochmals verschärft. „Die jetzigen Zustände sprengen jedem Fass den Boden weg“ erklärte eine Kran-

„Konzertierte Aktion“ – Volksgemeinschafts-Ideologie“!

Mit dem Ziel, die Politik der kapitalistischen Verschärfungen alles möglichst reibungslos, d. h. ohne Widerstand durchzuziehen, wurde von der Regierung vor kurzem zur „konzertierten Aktion“ aufgerufen. Beim ersten Treffen im Juli 2022 waren nicht nur Kanzler Scholz, BDA-Chef Dulger und diverse „Experten“ am Tisch, sondern auch – wie könnte es anders sein – die DGB-Vorsitzende Fahimi.

Kanzler Scholz beschwor als Sachwalter des deutschen Imperialismus gleich zum Auftakt den „Geist der Gemeinsamkeit.“ Das Land komme nur gut durch die Krise, „wenn wir uns unterhaken, wenn wir uns gemeinsam auf Lösungen einigen.“ Unverkennbar wird die Ideologie der deutschen „Volksgemeinschaft“ beschworen. Diese richtet sich zum einen als aggressive deutschnationalistische Botschaft nach außen. Der Appell „Wir stehen zusammen“ richtet sich zum anderen gegen den unversöhnlichen Kampf der proletarischen Klasse gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung.

Die DGB-Führung ist in die Politik der „Volksgemeinschaft“ fest eingebunden. Das zeigen zwei seiner Bekundungen und Positionierungen in den letzten drei Jahren:

- Angesichts von Corona versicherte der damalige DGB Vorsitzende Hoffmann in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem „Arbeitgeber“präsidenten Kramer:

„Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben sich in Krisenzeiten stets gemeinsam und verantwortungsvoll für das Gemeinwohl eingesetzt. ... Konflikte und Interessengegensätze bleiben bestehen, aber in besonderen Situationen werden sie hintenangelassen.“ (DGB-Pressemitteilung vom 13.3.20)

- Als der deutsche Bundestag am 27. Februar 2022 die Aufrüstung der Bundeswehr um 100 Mrd. € beschloss, erklärte der DGB-Bundesvorstand sogleich seine Zustimmung für diese Maßnahme der Militarisierung und Kriegsvorbereitung.

Illusionen über die DGB-Führung und ihren Apparat sind wahrhaft unangebracht!

kenpflegerin in NRW stellvertretend für alle.

Im Januar stellten sie ein 100-Tage-Ultimatum an die Landesregierung und die Unternehmensseite, mit ihnen über einen Entlastungstarifvertrag zu verhandeln, das diese verstreichen ließen. Nach Ablauf der Frist treten die Beschäftigten Anfang Mai in den „Erzwingungsstreik“.

Zirka zweieinhalb Monate stehen die Krankenhaus-Beschäftigten im Streik, organisieren Notdienste und sind allerlei Anfeindungen ausgesetzt. Sie bekommen aber auch einiges an Unterstützung von Beschäftigten aus anderen Branchen, Patient:innen usw. Mehrmals gehen sie auch auf die Straße, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Am 7.5. demonstrieren mindestens 2.500 Streikende der sechs Unikliniken in Düsseldorf, am 1.6. mindestens 1.500 Streikende in Köln und am 14.6. rund 1.000 in Bonn. In erster und zweiter Instanz scheitert der Antrag der Bonner Uniklinik auf Streikverbot.

Streikergebnisse

Die Streikenden hielten aus. Das Land Nordrhein-Westfalen als Träger:in der Uni-Kliniken musste dem Abschluss eines Tarifvertrages zustimmen, der einiges von den Forderungen Streikenden enthält. Der Anfang 2023 startende Tarifvertrag enthält verschiedene Regelungen zur Entlastung von Beschäftigten im Klinikalltag. Für weite Teile der Pflege inklusive der psychiatrischen Stationen und der Notaufnahmen wird schichtgenau das Zahlenverhältnis von Beschäftigten und Patient:innen festgelegt. Wird diese Quote unterschritten oder kommt es zu anderweitig belastenden Situationen, erhalten die Betroffenen Belastungspunkte. Im ersten Jahr der Umsetzung können bis zu elf freie Tage zusammenkommen. Im zweiten sind es 14 und ab dem dritten Jahr maximal 18 zusätzliche freie Tage.

Zudem ist es gelungen, Entlastungsregelungen für so viele Fachgebiete und Berufsgruppen zu erstreiken wie noch nie. Bundesweit erstmals wurden für viele Beschäftigtengruppen außerhalb der Pflege Mindestbesetzungen und Belastungsausgleiche vereinbart, so unter anderem in der Radiologie, in den Betriebs-Kitas, bei den Therapeut:innen sowie für Auszubildende.

Die Streikenden setzten diese Regelungen in der bislang größten Auseinandersetzung im deutschen Gesundheitssystem für mehr als ein Sechstel der deutschen Unikliniken durch. Damit könnten sie auch einen Präzedenzfall geschaffen haben, der große politische Signalwirkung entfalten könnte. Denn praktisch ließen sich ähnliche Kämpfe um Entlastung am Arbeitsplatz im gesamten Sozial- und Erziehungssektor sowie darüber hinaus führen.

Der erkämpfte, unzweifelhafte Streikerfolg, die Festschreibung von Bestimmungen zur Entlastung, ist nur die halbe Wahrheit. Der ver.di-Tarifvertrag enthält nämlich auch gewichtige Einschränkungen und ausgesprochen negative Regelungen.

Der erste Punkt ist, dass dieser überhaupt erst Anfang 2023 startet. Die Kolleg:innen brauchen aber schnellstmöglich Entlastung.

Zudem enthält der Tarifvertrag eine Spaltung unter den Kolleg:innen: Für alle Service, IT- und Technikbereiche sowie für die Ambulanzen gilt das oben beschriebene, und sei es auch nur schrittweise einzuführende Entlastungsmodell gar nicht. Für sie wurde lediglich der Aufbau von 30 zusätzlichen Vollzeitstellen pro Uniklinik vereinbart. Das ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Tarifvertrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. In Düsseldorf, wo besonders viele Kolleg:innen aus nichtpflegerischen Bereichen organisiert sind, sprach sich allerdings eine Mehrheit gegen die Annahme des vorgelegten Tarifvertrags aus.

Streikende haben zu Recht festgestellt: Das Erreichte hätte es ohne den hartnäckigen Streik niemals gegeben. Doch vielen ist auch klar, was eigentlich immer gilt: Ob und inwieweit das auf dem Papier festgeschriebene umgesetzt wird, ist noch eine andere Frage. In vielen Bereichen erfordern die Regelungen des Tarifvertrags eine Verdopplung des Personals pro Schicht, teils sogar noch mehr.

Und: Am System der „Fallpauschalen“, dieser Erfindung des kapitalistischen Strebens nach Maximalprofit, hat sich gar nichts geändert. Durch die „Fallpauschale“ erhalten die Krankenhäuser einen fixen Preis pro Behandlung. Dies schafft einen beständigen

Anreiz, Kosten durch Personalabbau zu senken und die Profite durch mehr und lukrative Behandlungen zu steigern. Es bleibt so oder so der harte kapitalistische Arbeitstag – und damit bleiben die Gründe weiter noch mehr Druck zu machen.

Wichtige Erfahrungen

Die Teilnahme an dem mehr als zwei Monate dauernden Streik war für viele eine höchst wichtige und zu einem erheblichen Teil auch neue Erfahrung. Sie haben den Arbeitsalltag der eigenen Abteilung durchbrochen, sich im Arbeitskampf mit Beschäftigten aus allen Berufsgruppen im Krankenhaus zusammengeschlossen. Nach dem Vorbild der Charité beteiligten sich die Streikenden an der Formulierung ihrer Forderungen und an der Entscheidungsfindung. Dass von wirklicher Selbstständigkeit dennoch nicht die Rede sein kann, zeigte sich gegen Ende des Streiks. Da wurde aus einer gewählten 60köpfigen Tarifkommission eine 18köpfige Verhandlungskommission ausgegliedert, mit der Begründung, dass es der Gegenseite schnell etwas entgegenzusetzen gelte.

Jedenfalls bleibt für viele die neuartige Erfahrung von eigener Aktivität und gemeinsamer Stärke. Am Ende des Streiks erklärten Beteiligte, die teilweise schon seit Jahrzehnten tätig sind: „Wir werden alle mit mehr Selbstbewusstsein zurückkehren“ – „Ich kehre als ein anderer Mensch zurück.“

* * *

Manche hoffen, dass gerade auch mit dem Streik der Krankenhaus-Beschäftigten in NRW auch bei der ver.di-Führung ein wirkliches Umdenken stattgefunden habe oder stattfindet, nämlich kämpferischer und demokratischer.

Dies ist aber keineswegs der Fall, auch wenn ver.di-Führung und Teile ihres Apparats sich unter enormem Druck „von unten“ sich mitunter kämpferisch geben und auch mal Spielräume für die Basis lassen.

* * *

Kurz nach dem Streik der Krankenhaus-Beschäftigten in NRW zeigte sich und bestätigte sich das einmal mehr bei dem unter ver.di-Führung stehenden Streik der Hafendarbeiter:innen.

Mitte Juli 2022: Der Streik der Hafendarbeiter:innen

Die Arbeitsbedingungen der Arbeiter:innen und anderen Werkstätigen in den Häfen haben sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Der Arbeitsprozess wird immer weiter verdichtet. Es herrscht „Personalmangel“. 60 Überstunden und mehr pro Monat sind Normalität. Es entstehen zunehmend prekäre Jobs. Die Arbeit in den Häfen ist gefährlich. In Piräus streikten Ende April die Hafendarbeiter:innen spontan zwei Tage und legten den Hafen lahm, weil innerhalb eines Tages zwei Arbeitsunfälle passierten. Einer endete tödlich. Die Gesamthafenbetriebe in Bremerhaven und Hamburg haben neben ihren festen Beschäftigten Hunderte nicht ständig Beschäftigte, sprich: moderne Tagelöhner. Insgesamt bewegen sich Stundenlöhne in einer Spanne zwischen 14 und 28 Euro. Diese Spirale hat sich jahrelang abwärts gedreht. Das wollten sich die Beschäftigten dort nicht mehr gefallen lassen und traten am 14. Juli in den Streik.

Die von ver.di aufgestellten Forderungen sind: Realer Inflationsausgleich von sieben bis acht Prozent für alle, Jahreszulagen sowie eine pauschale Lohnsteigerung von 1,20 Euro pro Stunde, damit auch die unteren Lohngruppen eine deutliche Verbesserung bekommen. Der Tarifvertrag soll maximal 12 Monate gelten bei einem Sonderkündigungsrecht bei hoher Inflation. Es geht um rund 12.000 Beschäftigte in 58 tarifgebundenen Unternehmen von Hamburg, Niedersachsen und Bremen.

Das vom kapitalistischen Zentralverband Deutscher Seehafenbetriebe (ZDS) als »final« bezeichnete Angebot von 12,5 Prozent klingt zunächst einmal gut. Diese 12,5 Prozent sollen allerdings für 24 Monate gelten. Das sind dann 6,25 Prozent auf zwölf Monate, und das ausschließlich für Kolleginnen und Kollegen der Containerterminals. Die Fläche besteht aber auch in weiten Teilen aus konventionellen Betrieben und der Umschlag von Autos. Die Löhne für die untersten Gruppen sollen lediglich um 2,78 Prozent steigen.

Die Hafendarbeiterinnen aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Brake und Wilhelmshaven traten am 14. Juli für

48 Stunden in den Streik. Seit langem kommt es damit in einem der zentralen Sektoren der internationalen bzw. deutschen Logistik zum Streik. Nicht weniger als 8.000 Kolleg:innen von insgesamt rund 12.000 Beschäftigten in den Seehäfen nahmen an mehreren Warnstreiks teil.

ver.di lässt sich auf Streikverbot bis 26. August 2022 ein

Als am 14. Juli der 48stündige Warnstreik begann, reichten die bestreikten Unternehmen wie z. B. die HHLA und Eurogate gemeinsam 17 Anträge auf einstweilige Verfügungen ein, um die Streiks zu verbieten. In Niedersachsen schmetterte das Arbeitsgericht die einstweiligen Verfügungen ab.

Als einziges Arbeitsgericht zog das von Hamburg eine ganz andere Karte: Der Streikbeschluss der Gewerkschaft sei an bestimmte Formalien gebunden und die hätten nicht vorgelegen. Daraufhin sicherte ver.di in einer außergerichtlichen Vereinbarung den Unternehmen zu, bis zum 26. August nicht mehr zu streiken und in dieser Zeit dreimal mit den Vertreter:innen des Zentralverbandes der deutschen Seehafenbetriebe zu verhandeln. Und das nicht nur in Hamburg, sondern gleich an **allen** Streikorten. Selbst die Tarifkommission wurde vor der Unterzeichnung der Vereinbarung nicht vollständig hinzugezogen und deren Mitglieder hatten auch Tage danach keine umfassenden Informationen zur Sachlage. Obwohl alle anderen angerufenen Arbeitsgerichte die Anträge der Unternehmen zurückgewiesen hatten, wandte ver.di den Streikverzicht auf alle Häfen an. Die ver.di-Führung hat den schwungvoll begonnenen Streik somit abgebrochen, bevor er überhaupt richtig begonnen hat.

Die Kapitalisten haben mit ihren Verbotsanträgen ein klares Kalkül. Auch sie wissen, dass sich Streiks nicht nach Belieben an- und ausschalten lassen. Dieses Kalkül hat die ver.di-Führung aktiv unterstützt. Damit bewirkte die ver.di-Führung vor allem auch eine Infrage-Stellung des Streikrechts insgesamt.

Eine von gewerkschaftlichen Funktionär:innen und Aktivist:innen danach in die Wege geleitete Petition ist bestenfalls eine hilflose Maßnahme aus einer, wenn es nach ver.di und den Unternehmer:innen geht, bis 26. August

ohnmächtigen Lage heraus.

Polizeigewalt contra kämpferische Demo der Arbeiter:innen gegen das Streikverbot

Schon nach den ersten Warnstreiks forderte der Chef des Kapitalistenverbandes Rainer Dulger, die ihm missfallenden Arbeitsniederlegungen in den Häfen mittels Ausrufung des „nationalen Notstandes“ zu verbieten.

Zu einer Demonstration unter dem Motto „Inflationsmonster stoppen“ kamen am 16. Juli 5.000 gegen das Streikverbot Protestierende. Als auf der Wiese vor dem Gewerkschaftshaus einer der an der Demonstration Beteiligten einen Boller zündete, nahm die Polizei das zum Anlass, um erst den Kollegen zu verhaften. Als Kolleg:innen die Freilassung forderten, schlug die Polizei – wie man auf kurzen Clips vom Vorfall sehen kann – auf Umstehende ein, trat zu und setzte Pfefferspray oder Tränengas ein. Mehrere Arbeiter:innen wurden verletzt. Dann zog sich die Polizeieinheit unter den lauten „Wir-sind-der-Hafen“-Rufen der Kolleg:innen zurück. Ein Kollege bei der Firma Eurogate Hamburg erklärte: „Wir gehen auf die Straße, weil das Streikrecht gebrochen worden ist.“



Protestierende Arbeiter:innen drängen am 16. Juli 2022 in Hamburg die Polizei zurück.

Die beiden Streiks werfen die wichtige Frage auf: Wie mit der Führung der DGB-Gewerkschaften und ihrem Apparat umgehen, die immer und immer wieder bewiesen haben, dass sie jeden konsequenten Kampf der Arbeiter:innen zu verhindern suchen, möglichst rasch abwürgen oder politisch in die Irre leiten?

*

Wir haben auf der folgenden Seite unsere eigene Position dazu knapp formuliert und würden uns über Rückmeldungen, gerade auch kritische Rückmeldungen freuen.

Stand: 20.8.2022

Wie richtig gegen die sog. Arbeiteraristokratie, die Gewerkschaftsführung und ihren Apparat kämpfen?

In Deutschland konnte der deutsche Imperialismus gerade auch durch die Ausplünderung anderer Länder eine kleine, aber relativ stabile Schicht innerhalb der proletarischen Klasse, die sog. Arbeiteraristokratie, fest an sich binden. So ist der Gewerkschaftsapparat fest in ihren Händen.

Wenn die Führung des DGB oder der Einzelgewerkschaften unmittelbar auf dem Prüfstand stand, wie zum Beispiel beim Kampf bei Krupp in Rheinhausen 1987 oder bei Opel in Bochum 2004, dann ging es nicht etwa um die Frage, wie diese zu einer revolutionären, auf die Zerschlagung dieses kapitalistischen Systems und seines Staatsapparats gerichteten kommunistischen Bewegung steht. Da gibt es keinen Zweifel: Die Gewerkschaftsführung und ihr Apparat stehen ohne Wenn und Aber, festgeschrieben in unzähligen Beschlüssen und Erklärungen, auf dem Boden dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dieses imperialistischen deutschen Staates. Sie treten ein für die Bundeswehr, von der Polizei und der Bundespolizei ganz zu schweigen. Die Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsapparat des DGB und seiner Einzelgewerkschaften sind mit diesem imperialistischen Staatsapparat durch tausend Fäden verbunden, ja dieser Gewerkschaftsapparat ist in vielerlei Hinsicht faktisch Teil des Staatsapparats des deutschen Imperialismus. Er ist für eine in der Zukunft liegende Entwicklung, in noch viel größerem Umfang, als dies bereits durch Gewerkschaftsausschlüsse sogenannter „Linksradikaler“ sichtbar geworden ist, eine Waffe der Konterrevolution. Er ist ein Mittel, revolutionäre Arbeiter:innen auszuspionieren, sie zu denunzieren, dem Kapital für Entlassungen und dem Staat für Gefängnisstrafen freie Hand zu lassen. Die Gewerkschaftsführung und der Gewerkschaftsapparat sind ein Werkzeug des deutschen Imperialismus, das auch gegen Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung zum Einsatz kommt – das hat die Geschichte der Kämpfe seit 1945 immer wieder bewiesen. Abwiegeln, abwürgen und niederhalten von Kämpfen der Ausgebeuteten – das ist eine „Kernkompetenz“ der Gewerkschaftsführung und ihres Apparats, die sie immer wieder unter Beweis gestellt hat.

Dies liegt nicht allein und nicht vor allem an bestimmten Personen an der Spitze, die nur auszuwechseln wären, sondern hat tiefere Ursachen in der Rolle und Funktion der sogenannten Arbeiteraristokratie.

In all diesen Kämpfen – gerade wenn aktive Arbeiter:innen mit militanten Aktionen die bürgerliche Legalität durchbrachen und die Kampfformen verschärften – stellte sich praktisch immer die für die weitere Entwicklung der Kämpfe bedeutsame Frage: Was tut der DGB, was tut „unsere“ Gewerkschaft? Was macht die Gewerkschaftsführung im Tageskampf, wie leitet sie den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit und für Lohnerhöhungen; was macht sie, wenn Fabriken und Werke dichtgemacht werden sollen wie bei Opel in Bochum und anderswo?

Zunächst geht es darum, die Einsicht zu fördern und zu vertiefen, dass bei jedem ernsthaften Arbeitskampf die Arbeiter:innen sich nur auf die eigene Kraft verlassen und nur dieser vertrauen dürfen. Denn wenn sie sich auf die Gewerkschaftsführung oder überhaupt auf den Gewerkschaftsapparat verlassen - dann sind sie verlassen! Es gibt unzählige Beispiele, wo die DGB-Führung sich als Streikverhinderer, als Streikbrecher, als Heuchler und Lügner erwiesen hat.

Dabei müssen die kommunistischen Kräfte darauf vorbereitet sein, dass aus demagogischen Gründen, um ihren reaktionären Einfluss zu festigen und dem Kampf die Spitze abzubrechen, die Gewerkschaftsführung in bestimmten Situationen auch in der Lage ist, sich selbst an die Spitze der gerechten Kämpfe zu setzen und Teilerfolge zu erzielen.

Nur wenn die Arbeiter:innen unabhängig und im Kampf gegen die Gewerkschaftsführung den Kampf im eigenen Betrieb organisieren, Kontakte zu anderen Betrieben herstellen usw., kann ihr Kampf gegenseitige Solidarität und zunehmende Organisiertheit fördern und auch längerfristige Erfolge erzielen.

Der DGB und die Gewerkschaften sind aber nicht nur der Apparat, umfassen nicht nur Führung und Funktionäre – das sind auch die Millionen von Mitgliedern. Deshalb dürfen auf gar keinen Fall die Mehrzahl der Mitglieder mit den Gewerkschaftsführungen und dem DGB-Apparat gleichgesetzt werden. Es muss

klargemacht werden, dass diese Mehrheit im Grunde bei den entscheidenden Fragen nichts zu sagen hat.

Es ist unbedingt nötig, auch innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Warum?

Wenn - gestützt auf die Kraft der Masse der Arbeiter:innen um jeden Zentimeter in den Gewerkschaften gekämpft wird, kann, zusätzlich zu den Erfolgen im selbständigen Kampf, auch dieses oder jenes Zugeständnis aus dem Gewerkschaftsapparat herausgeholt werden.

Nicht zuletzt geht es darum, unter der großen Zahl der einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die noch Illusionen in „ihre“ Gewerkschaftsführung haben, systematische Überzeugungsarbeit zu leisten und sie für die energische Unterstützung und Beteiligung an den Tageskämpfen zu gewinnen und zu mobilisieren, die Gewerkschaftsführungen zu demaskieren und ihren Einfluss in der Bewegung der proletarischen Klasse letztendlich zu liquidieren.

Dieser Kampf innerhalb der Gewerkschaften muss geschickt und prinzipienfest, ohne Opportunismus, aber auch ohne Naivität und Illusionen in den Gewerkschaftsapparat geführt werden. Schon leiseste Kritik an den Gewerkschaftsführungen kann zu wütenden Reaktionen, Diffamierungen, Denunziationen und Ausschlüssen führen.

All dies zeigt im Grunde die eigene Erfahrung der Arbeiter:innen, wenn – entgegen ihren Erwartungen – die ganze Macht des Gewerkschaftsapparats nicht im Interesse ihres Kampfs entfaltet wird, sondern sich im Gegenteil als Hindernis erweist.

Die Einheit der proletarischen Klasse im Kampf kann nur ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, gegen den Apparat der Gewerkschaften und des DGB, gegen die ganze Schicht der Arbeiteraristokratie geschaffen werden. Es muss eine Einheit der untersten Schichten der proletarischen Klasse Seite an Seite mit den Arbeiter:innen aller Länder sein.

Auszug aus: Gegen die Strömung: Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland – Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen deutschen Imperialismus, Berlin 2017